



DIE GRÜNEN Mettmann
Johannes-Flintrop-Straße 6
40822 Mettmann
fraktion@gruene-mettmann.de
www.gruene-mettmann.de

Mettmann, den 22.05.2026

Antrag für Haupt- und Finanzausschuss am 16.06.2026

Kommunale Verpackungssteuer

Antrag:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bär, sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,

die Fraktion der Grünen beantragt, die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck für Speisen und Getränke zu prüfen und auf Basis dieser Prüfung einen Satzungsentwurf zu erarbeiten. Der Entwurf soll sich am Tübinger Modell orientieren, die erforderliche Zustimmung der zuständigen Landesministerien nach § 2 Abs. 2 KAG NRW einholen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Begründung:

Seit dem 22. Januar 2025 hat das Bundesverfassungsgericht die Tübinger Verpackungssteuer (Az. 1 BvR 1726/23) als verfassungskonform bestätigt – Kommunen besitzen die Gesetzgebungskompetenz für örtliche Verbrauchsteuern. Das Tübinger Modell sieht 0,50 € pro Einwegverpackung bzw. -geschirr und 0,20 € pro Einwegbesteck vor; Mehrweg bleibt steuerfrei.

In Tübingen erzielte die Steuer im ersten Jahr rund eine Million Euro Einnahmen, in Konstanz reduzierte sie die kommunale Müllmenge im ersten Halbjahr um 14 Tonnen. Übertragen auf unsere kleine Stadt: bei fünf Pizzerien, die täglich zehn Pizzen ausliefern, plus 50 Kaffee- und Eisbecher, und etwa 100 McDonald's-Bestellungen pro Tag, erwarten wir Einnahmen von über 50.000 € im ersten Jahr – ein Betrag, der unmittelbar zur Finanzierung der Müllbewirtschaftung eingesetzt werden und so den Gebührenhaushalt der Stadt entlasten kann.

Eine Verpackungssteuer kehrt die Kostenlast zu den Verursachern, schafft einen klaren Anreiz für Mehrwegsysteme und leistet einen Beitrag zu unseren kommunalen Klimazielen. Wir können im Dialog mit Gastronomiebetrieben und Lieferanten mögliche Ausnahmen für Kleinstbetriebe, Übergangsregelungen sowie Förderungen für Mehrwegsysteme erarbeiten, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Wir bitten, den Verwaltungsauftrag zu beschließen, damit wir als Stadt ein starkes Signal für Nachhaltigkeit, Verantwortung und finanzielle Selbstständigkeit setzen können.

Für die Fraktion der GRÜNEN

Claudia Kamprolf
Fraktionssprecherin

Martin André
Fraktionssprecher